



- 1) Das Baugelände ist als allgemeines Wohngebiet für Eigenheimfestgesetz.  
2) Alle Fassaden sind zu verputzen, beim Fassadenputz sind grelle, den Gesamteindruck störende Farben nicht erlaubt. Die Flachdeckfarbe in dunkler Farbe.  
3) Sind Einzelhäuser bzw. Garagen zusammengefaßt, so sind diese in bezug auf Putz, Farbe, Dachneigung und Dacheindeckung als Einheit zu gestalten.  
4) Als Einfriedung zum Kayweg sind nur Hecken bis 1 m Höhe zulässig; die Belebuanz ist der Übereinstimmung anzupassen (Mahnbüchsen etc.). Zäune zur Straßenseite bis zur Höhe von 60 cm, von der Grundstücksgrenze zurückgeworfen; Hecken sind außerhalb der Umhüllung um 60 cm von der Nachbargrundstücke Maschendrahtzaun bis zur Höhe von 80 cm vorzu ziehen. Als Grenze zu den Nachbargrundstücken ist Maschendrahtzaun bis zur Höhe von 80 cm vorzu ziehen.  
5) Die Einzungung von Vorortenflächen vor Garagen unter 6 m Tiefe ist unzulässig.  
6) Pfeller für den Anschluß von Muren und Toren sind in Zähnen bis zu einem Querschnitt von 60/40 cm zugelassen. Maschendrahtzäune sind längs der Straßen nicht notwendig und deshalb zu unterlassen (Amt für Landschaftsschutz). Mögliche Höhenunterschiede sind hinter den Hecken als Böschungen auszuführen.  
7) Der Bachlauf und der Gehölzbestand am Ellerbach ist zu erhalten.  
8) Die zeichnerisch festgelegte Belebung ist zwangsläufig von den Grundzügen der Planmaßnahmen zu Einhalten, insbesondere im Bereich der Bebauung. Verwendung des Planmaßnahmen zu Einhalten ist durch gezielte Geschosshöhe und Längenverhältnisse möglich.  
9) Zur Begrenzung der Schallbelästigung müssen die dem Grundstück fl. Nr. 7 (Schäfer) und die der Straße Nr. 2381 zugewandten Häusseiten Schallschutzaufgaben erfüllen. Der Schallpegel dieser beiden Hauptquellen ist durch gezielte Schallschutzaufgaben in Linien 229 und 233 zu begrenzen.  
10) Straßen und Wege, ebenso die Grünstreifen entlang des Ellerbaches wird ebenfalls als öffentliche Flächen gewiesen.  
11) Aus dem Brand-, Katastrophen- und Katastrophenschutz gilt:  
- Bei der Erstellung von Oberflächen und Unterflächenvarianten muß im geplanten Bereich sicher gestellt sein, daß bei der Erstellung von ca. 70 m zu beachten; Rohrverschüttungen und Fließdruck sind im Rinsystem drücklich bestreben, Abstandsfestsetzungen sind einzuhalten, fest ausgebauter Zufahrtswege müssen vorhanden sein.  
Der Beschuß zur Aufstellung des Bebauungsplans wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 23.09.1977 offiziell bekanntgemacht. Am 19.12.1980 wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BauGB vom 30.06.1980 bis 30.06.1981 in Litzendorf, den 19.12.1980 offiziell ausgerichtet.  
Die Gemeinde Litzendorf hat mit Beschuß des Gemeinderates vom 10.01.1981 den Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB vom 19.12.1980 offiziell bekannt gemacht.  
Der Bebauungsplan mit Begründung liegt ab 9.2. April 1981 in Rathaus - Litzendorf - Denzendorf - Rehungen und Litzendorf. Das Landratsamt Bamberg hat den Bebauungsplan mit Beschuß vom 10.3.1981, § 11 BauGB (in Verbindung mit der Verordnung vom 12.12.1973 - AZ 24-810, GB 15-650) bzw. in der jeweils gültigen Fassung, genehmigt. Die Genehmigung ist am 9.2. April 1981 bekannt gemacht worden.  
Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3 BauGB rechtsverbindlich.  
Bürgermeister Litzendorf, den 9.2. April 1981